

Die Linke Magdeburg

Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg

Freundeskreis Klinikum Magdeburg e.V.
St. Michaelstraße 20b
39112 Magdeburg

Die Linke Magdeburg

Co-Stadtvorsitzende

Nicole Anger und

Vera Baryshnikov

Ebendorfer Str. 3

39108 Magdeburg

Email: stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de

Web: www.dielinke-magdeburg.de

Magdeburg, 30.04.2024

Ihre Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2024

Sehr geehrte Mitglieder des Freundeskreises des Klinikum Magdeburg e.V.,

wir danken Ihnen für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Kommunalwahl 2024 in Magdeburg. Sehr gern beantworten wir Ihre Fragen. Gleichzeitig entschuldigen wir uns für die verspätete Zusendung. Wir haben die Antworten per E-Mail senden wollen, bedauerlicherweise ist die auf Ihrem Briefkopf angegebene Emailadresse nicht erreichbar.

Grundsätzliches:

Unser Gesundheitssystem ist seit mehr als 20 Jahren auf Profite aufgebaut, auf ein unsolidarisches System der Fallpauschalen – und wie sich zeigt, ein scheiterndes Finanzierungssystem.

Auf dieses bereits unterfinanzierte System traf die Corona-Pandemie. Damit sanken zum einen die Zahlen der Patient:innen und zum anderen die Einnahmen durch die damit wegfallenden Kostenpauschalen analog. Dies alles passierte bei einem gleichzeitig steigenden Aufwand im Klinikalltag. Die notwendigen Hygienemaßnahmen und die erforderliche und richtige Isolation von positiven Patient:innen erschwerten dennoch die Arbeit.

Und auf dieses bereits in der Krise sich befindende Gesundheitssystem kamen auch noch die Energiekrise und eine enorme Inflation hinzu. In allen Bereichen stiegen die Preise. Laut dem Verband der kommunalen und landeseigenen Krankenhäuser sind die Kosten in 2022 für

- Gas/Fernwärme um 44 %,
- Strom um 33 %,
- Dienstleistungen um 30 %,
- Medizinische Gase um 35 %,
- Lebensmittel um 15-20 %,
- Arzneimittel um 10 %

gestiegen.

Gerade die kommunalen Häuser wie auch das Städtische Klinikum der Landeshauptstadt haben aber einen wichtigen Sicherstellungsauftrag in der Gesundheitsversorgung und verzeichnen damit gleichzeitig die schlechtesten Einnahmen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg musste und muss ihrem Krankenhaus finanziell unter die Arme greifen aus Mitteln, die an anderer Stelle der Stadt fehlen. In anderen Landkreisen sieht das exakt genauso aus. Und das bei den uns allen bekannten klammen Haushalten der Kommunen. Und offen ist, ob unter der aktuellen Situation der Krankenhäuser solche kommunalen Finanzhilfen überhaupt rückgezahlt werden können.

Es braucht dringend einen grundlegenden Systemwechsel, und wir bezweifeln, dass der mit der Lauterbach'schen Krankenhausreform erfolgen wird. Für uns als Die Linke ist klar: Mit der Gesundheit der Menschen macht man keine Profite. Die Gesundheit der Menschen ist keine Ware.

Zu Ihren Fragen:

1. Als Die Linke stehen wir klar und deutlich zu unserem kommunalen Klinikum als unveräußerlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge der Stadt. Dafür haben wir uns mit unserer Stadtratsfraktion bis dato eingesetzt und werden dies auch weiterhin nach der Kommunalwahl tun. Der Einsatz kommunaler Mittel ist in diesem Zusammenhang wichtig. Wir werden uns daher weiterhin auch mit unseren Mandatsträger:innen auf Landes- und Bundesebenen für eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser und eine vollständigen Abschaffung der Fallpauschalen einsetzen. Es braucht eine grundlegende und echte Vorhaltefinanzierung.
Einen Zusammenschluss mit dem Universitätsklinikum Magdeburg (UKM) lehnen wir ab. Was wir brauchen, sind Kooperationen statt Konkurrenz und Vernetzung statt Versäulung, um in einem hoch

komplexen System allen Menschen wohnortnah die bestmögliche Versorgung anbieten zu können.

Zusammenschlüsse mit einer geringer werdenden Anteilseignerschaft der Landeshauptstadt am Städtischen Klinikum führt zu einem Verlust der Entscheidungen in diese, denn die Stimmenmehrheit läge dann beim UKM bzw. beim Land. Dennoch bleibt der Sicherstellungsauftrag bei der Stadt liegen, die diese dann nicht mehr wahrnehmen kann.

Auch sehen wir, dass das UKM hohe Defizite Jahr für Jahr verzeichnet, die durch das Land ausgeglichen werden. Bei einem Zusammenschluss würden diese Defizite potentiell ein Risiko für die Stadt werden und könnten den kommunalen Haushalt noch einmal mehr belasten.

2. Wir stehen dafür, dass die Verwendung öffentlicher Mittel auch transparent für die Öffentlichkeit sein muss. Wir wollen prüfen, inwiefern das Städtische Klinikum wieder ein kommunaler Eigenbetrieb sein kann, um das kommunale Mitbestimmungsrecht zu stärken.
3. Der Kooperationsvertrag liegt uns als Partei nicht vor. Somit haben wir keine Kenntnis über die Inhalte. Bei vielen Punkten zu kommunalen Unternehmen sind Stadträt:innen zum Stillschweigen verpflichtet, wenn sie in nicht-öffentlichen Sitzung besprochen werden. Diese Situation ist nicht nur für uns intransparent, sondern auch für die Einwohner:innen der Stadt. Hier fordern wir deutlich mehr Transparenz und Mitnahme der Menschen. Aus diesem Grunde hat auch unsere Stadtratsfraktion im letzten Jahr die Aktuelle Debatte zum Klinikum im Stadtrat beantragt. Es geht uns alle an!
4. Magdeburg steht grundsätzlich mit seinen vier Krankenhäusern gut da, um die Versorgung abzusichern. In diesem Zusammenhang muss man aber nicht nur die Struktur der Stadt berücksichtigen, sondern auch die der umliegenden Landkreise. Hier haben wir es noch verstärkter als in Magdeburg mit einem starken Rückgang der Gesundheitsversorgung bis bereits in einigen Bereichen einsetzender Unterversorgung zu tun. Dies hat insofern Auswirkungen auf die Stadt, dass sich die Menschen aus den benachbarten Landkreisen in Magdeburg mitversorgen lassen müssen, und damit Wartezeiten stetig länger werden und insbesondere auch fachärztliche Behandlungen

immer schwerer zu erhalten sind. Unser Gesundheitssystem steht vor einem Kollaps, den es dringend abzuwenden gilt.

Dafür müssen die Sektorengrenzen überwunden und regionale Versorgungsnetze aufgebaut werden. Der erfolgreiche Modellversuch des ambulant-stationären Versorgungszentrums in Templin ist ein Wegweiser zu einer modernen Gesundheitsversorgung: Patient:innen haben eine verlässliche Anlaufstelle, die ihnen wohnortnah Diagnostik und Therapie anbietet und bei Bedarf einen stationären Platz in einem Krankenhaus besorgen kann. So kann auch im ländlichen Raum der Zugang zur Gesundheitsversorgung in einer alternden Gesellschaft garantiert werden.

Ergänzend dazu fordert Die Linke in den Ländern Maßnahmen, die der aufsuchenden Gesundheitsversorgung dienen wie Doc-Mobile und arztunterstützende medizinische Fachkräfte, die chronisch kranke, pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit dem Arzt/der Ärztin zuhause betreuen, ein Beispiel dafür sind die hausarztunterstützende Versorgungsassistent:innen (VERAH), wie es sie zum Beispiel in Thüringen gibt. Telemedizinische Leistungen können die Versorgung erleichtern und verbessern, dürfen aber nicht zum Ersatz für wohnortnahe und aufsuchende Angebote im ländlichen Raum werden.

5. Eine Zusammenlegung zwischen UKM und dem Städtischen Klinikum werden wir nicht zustimmen. Einen Bürger:innenentscheid zur Sache kann und muss man ggf. auch schon vor einer solchen Beschlussfassung im Stadtrat umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Vera Baryshnikov und Nicole Anger

-Co-Vorsitzende Stadtverband Die Linke Magdeburg-

Freundeskreis Klinikum Magdeburg e.V.

Freundeskreis Klinikum Magdeburg, St. Michaelstraße 20b, 39112 Magdeburg

←—————→
**DIE LINKE. Stadtverband
Magdeburg
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg**

Postanschrift:

Freundeskreis Klinikum Magdeburg e.V.
St. Michaelstraße 20b
39112 Magdeburg

E-Mail: freundeskreis.kmd@online.de

Bankverbindung

Sparkasse Magdeburg, IBAN:
DE11 8105 3272 0641 0832 11

12.04.2024

Wahlprüfsteine zur Stadtratswahl 2024

Sehr geehrte Frau Anger, sehr geehrte Frau Baryshnikov, sehr geehrte Damen und Herren des Vorstandes,
Ihr Programm zur Kommunalwahl 2024 enthält ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft für die Klinikum Magdeburg gGmbH. Das begrüßen wir.

Wir als Verein setzen uns dafür ein, dass den Wählerinnen und Wählern bekannt sein muss, ob sie sich für das Klinikum in Trägerschaft der Stadt wie bisher oder für dessen folgenschwere Überführung in die Trägerschaft des Landes entscheiden, wenn sie Bewerber der Partei DIE LINKE wählen.

Als Freundeskreis Klinikum Magdeburg e.V. haben wir uns im Jahr 2022 gegründet, als unser kommunales Klinikum in wirtschaftliche Schieflage geführt worden war. Für dessen Patientinnen und Patienten entstand eine letztlich bedrohliche Situation. Sie benötigen und wollen auch eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, ärztliche und pflegerische Zuwendung. Diese war empfindlich eingeschränkt.

Nach unserer Kenntnis haben die Mindereinnahmen des Klinikums seit dem Jahr 2021 ursächlich nichts mit der Finanznot der Krankenhäuser in Deutschland zu tun. Bis zum Einsatz der aus Halle bzw. aus dem Sozialministerium als Geschäftsführerin der Klinikum Magdeburg gGmbH herbeigeholten und durch den Stadtrat ins Amt gebrachten Frau Dr. Bohnhardt wirtschaftete dieser Maximalversorger nämlich erfolgreich. Danach nicht mehr.

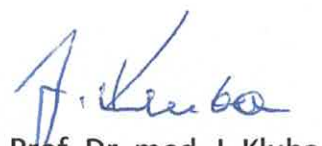
Jetzt geht es uns aber erst einmal darum, dass sich ein solch ruinöser Vorgang im Interesse der niveauvollen Krankenhausversorgung für etwa eine Million Menschen nicht wiederholen darf. Die Wählerinnen und Wähler brauchen Gewissheit darüber,

ob diejenigen, die sich zur Wahl am 9. Juni 2024 stellen, willens und in der Lage sind das über zweihundert Jahre bestehende städtische Krankenhaus vor weiterem Schaden zu bewahren und gute Rahmenbedingungen für die Erfüllung seines Versorgungsauftrages zu gewährleisten.

Dazu haben wir nachfolgend Fragen (Wahlprüfsteine) formuliert, die Sie bitte schriftlich beantworten. Alle Parteien und Wahlvereinigungen bitten wir um deren Beantwortung **bis spätestens 30.04.2024**. Die Antworten sollten möglichst konkret sein und das vorgegebene Zeilenmaß nicht überschreiten. Mitte Mai 2024 veröffentlichen und verbreiten wir die Antworten in Magdeburg. Alle Wählerinnen und Wähler erhalten die Möglichkeit, sich ihr Bild von den Bewerberinnen und Bewerbern für den Stadtrat zu machen oder es abzurufen.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen


H.-W. Brüning
Vorsitzender


Prof. Dr. med. J. Kluba
stellv. Vorsitzender


D. Halangk
Schatzmeisterin

Freundeskreis Klinikum Magdeburg e.V.

Magdeburg im April 2024

Fragen an die Parteien und Wahlvereinigungen der Bewerberinnen und Bewerber zur Stadtratswahl in Magdeburg am 9. Juni 2024 *)

Frage 1: Halten Sie die Klinikum Magdeburg gGmbH für einen unveräußerlichen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge, die auch mit Mitteln aus dem Stadthaushalt zu erhalten ist, falls dies erforderlich werden sollte? Welche Fakten sprechen aus Ihrer Sicht für bzw. gegen eine Fusion mit dem landeseigenen Universitätsklinikum Magdeburg.

Antwort:

.....
.....
.....
.....
.....

Frage 2:

Gibt es nach Ihrer Ansicht ein Recht der Öffentlichkeit auf Information über alle Vorgänge im Stadtrat, bei denen es um wirtschaftliche / betriebswirtschaftliche oder fachliche Angelegenheiten der Führung der Klinikum Magdeburg gGmbH geht? Wäre es nicht richtig, dass im Stadtrat (wie im Deutschen Bundestag) Nichtöffentlichkeit nur als Ausnahme im Einzelfall und nur auf Antrag durch eine qualifizierte Stadtratsmehrheit beschlossen werden darf?

Antwort:

.....
.....
.....
.....
.....

Frage 3:

Welche Auffassung vertreten Sie zur die Umsetzung des Kooperationsvertrages, der im November 2022 zwischen dem Universitätsklinikum Magdeburg und der Klinikum Magdeburg gGmbH abgeschlossen worden ist? Welche positiven Auswirkungen auf die Versorgung der Patienten hat die Umsetzung dieses Vertrages im Einzelnen?

Antwort:

.....
.....
.....
.....
.....

Frage 4: In welchem Maße sichern nach Ihrer Kenntnis die derzeitigen Krankenhausstrukturen in der Region Magdeburg den Patienten das Wahrnehmen ihrer Rechte auf umfassende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung und auf Behandlung durch Ärzte ihre Vertrauens?

Antwort:

.....

.....

.....

.....

Frage 5: Unterstützen Sie für den Fall, dass der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg der Veräußerung von Anteilen der Klinikum Magdeburg gGmbH oder deren Fusion mit dem Universitätsklinikum Magdeburg zustimmt bzw. zuzustimmen beabsichtigt, ein Bürgerbegehren / ein Bürgerentscheid gem. §§ 26 und 27 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gegen diese Entscheidung?

Antwort:

.....

*) Falls der vorgegebene Platz für Antworten nicht ausreicht, ist es auch möglich, die Antwort/en auf einem gesonderten Blatt zu Ende zu formulieren.